

**Kleine Anfrage**

Dr. Dr. Rainer Rahn

(19.11.23)

Zunehmende Radikalisierung migrantischer Jugendlicher**Vorbemerkung:**

In verschiedenen Presseberichten wird die zunehmende Radikalisierung von Jugendlichen mit islamischem Migrationshintergrund im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt thematisiert. Der Sprecher des Kinder- und Jugendwerkes „Arche“ berichtet über eine dramatische Entwicklung in den Einrichtungen seiner Organisation und spricht von einer Katastrophe, da sich migrantische Jugendliche zunehmend radikalieren und vielfach für die Mitarbeiter nicht mehr zugänglich sind. Diese zeigen spontan offen den Gruß der islamistischen Terrororganisation ISIS und artikulieren offen Antisemitismus („Zuerst schneiden wir den Juden die Kehle durch, dann den Schwulen und zum Schluss den Christen!“). Viele Jugendliche „lehnen unsere Kultur, unsere Werte ab“. Der Hass gegen die westliche Lebensweise sei „unvorstellbar“. Zumindest bei den älteren Jugendlichen sieht der Sprecher „keine Chance mehr auf Besserung“. Auch auf den Schulhöfen Deutschlands wird seit Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen im Gaza-Streifen offener Juden-Hass gezeigt. Nur wenige Lehrer sind bereit, über die aus ihrer Sicht drohende Islamisierung zu sprechen. Eine Lehrerin berichtet, dass aus ihrer Sicht die „Integration schiefgelaufen“ sei. Sie erreiche die Jugendlichen kaum noch (https://www.focus.de/politik/radikalisierung-von-jugendlichen-arche-sprecher-mit-weckruf-der-hass-ist-unvorstellbar_id_242303439.html; <https://www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/islamisierung-berlins-arche-sprecher-wir-stehen-vor-einer-katastrophe-86022258.bild.html>).

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Berichte liegen der Landesregierung über eine zunehmende Radikalisierung von Jugendlichen im Zusammenhang mit dem aktuellen Konflikt in Israel aus hessischen Schulen und Einrichtungen, in denen Jugendliche betreut werden, vor?
2. Wurden im Zusammenhang mit den unter 1. berichteten Ereignissen Disziplinar- oder andere Maßnahmen gegen Jugendliche bzw. Schüler verhängt oder angedroht?
3. Falls 2. zutreffend: welche Schulen bzw. Einrichtungen betrifft die unter 2. aufgeführten Maßnahmen?
4. Wurden im Zusammenhang mit den unter 1. berichteten Ereignissen Straftaten zur Anzeige gebracht?
5. Falls 4. zutreffend: welche Schulen bzw. Einrichtungen betrifft die unter 4. aufgeführten Straftaten?
6. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für zielführend bzw. für geboten, um – unabhängig von den unter 1. genannten Berichten – die in der Vorbemerkung geschilderte Entwicklung zu verhindern?
7. Welche der unter 6. genannten Maßnahmen hat die Landesregierung bereits in der Vergangenheit ergriffen bzw. initiiert?

8. Welche der unter 6. genannten Maßnahmen wird die Landesregierung zukünftig – ggf. verstärkt – ergreifen bzw. initiieren?

Wiesbaden, den 10. November 2023

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large, stylized initial 'M' followed by a cursive name.